

<b>Beschlussvorlage</b>	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend und Gesundheit
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereichsbüro 200
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Sebastian Goecke 5 63-27 59 5 63-80 09 <a href="mailto:sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de">sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de</a>
	Datum:	24.05.2002
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0252/02 (6446/02)</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>06.06.2002</b>	<b>Ausländerbeirat</b>	<b>Vorberatung</b>
<b>11.06.2002</b>	<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>Vorberatung</b>
<b>12.06.2002</b>	<b>Ausschuss Soziales und Gesundheit</b>	<b>Vorberatung</b>
<b>03.07.2002</b>	<b>Hauptausschuss</b>	<b>Vorberatung</b>
<b>08.07.2002</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>	<b>Entscheidung</b>
<b>Fortschreibung Aktionsprogramm Demokratie und Toleranz</b>		

### Grund der Vorlage

Auftrag des Rates der Stadt vom 11.12.00.

### Beschlussvorschlag

Dem vorliegenden Entwurf zur Fortschreibung des Aktionsprogramms für Demokratie und Toleranz wird zugestimmt.

### Einverständnisse

nicht erforderlich

### Unterschrift

Dr. Kühn

### Begründung

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 11.12.00 das Wuppertaler Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz verabschiedet. Im Rahmen des Bundesprojektes „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ wurde über das Projektmanagement der Initiative für Demokratie und Toleranz in Zusammenarbeit mit verschiedensten Institutionen, Pro-

jektanbietern und Fachleuten eine Fortschreibung des Aktionsprogramms erstellt. Diese Fortschreibung konkretisiert die Zielsetzung und die nächsten Arbeitsschritte.

## **Anlagen**

## **Fortschreibung des Aktionsprogramms für Demokratie und Toleranz der Stadt Wuppertal (ENTWURF)**

Am 11.12.2000 verabschiedete der Stadtrat das Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz für die Stadt Wuppertal.

Das Aktionsprogramm beschreibt einen Katalog von Maßnahmen für die Förderung von Demokratie, Toleranz und Zivilcourage, gegen intolerantes, gewaltbereites und undemokratisches Handeln. Es zählt Maßnahmen auf, die „Ideen für ein praktisches und vernetztes Handeln“ der Stadt benennen, wobei die Liste von benannten Maßnahmen als nicht abschließend betrachtet wurde.

In 2001 wurden verschiedenste Maßnahmen des Aktionsprogramms umgesetzt, verschiedenste Projekte realisiert, Ideen weiterentwickelt und Kooperationen hergestellt. Besonders zu benennen sind hierbei:

- **Die Arbeit des Projektteams „Demokratie und Toleranz“**
- **Die Einrichtung des Projektmanagements der Initiative für Demokratie und Toleranz**
- **Gründung des Vereines „Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (e.V.)“**
- **die Förderung, Begleitung und Beratung von über 50 Projekten Dritter im Rahmen der Landesförderung**
- **die Umsetzung eigener Projekte durch die Verwaltung in verschiedensten Bereichen**
- **die Herstellung von Kooperationen zwischen Freien Trägern, Initiativen und kommunalen Stellen**
- **die Realisation von und Beteiligung an Projekten über die kommunale Ebene hinaus (Region, Land, Bund, EU)**

Das bestehende Aktionsprogramm wurde in 2001 durch verschiedenste Initiativen weiterentwickelt und konkretisiert. Die Notwendigkeit des Einbezuges von im Aktionsprogramm benannten Maßnahmen wurde auf verschiedensten Ebenen erkannt, realisiert und konkretisiert.

Die Fortschreibung des Aktionsprogramms ist entstanden aus einer Auswertung der in 2001 realisierten Maßnahmen und Ideen und versucht die Schwerpunkte, Ziele und mögliche Strategien einer Implantierung der weiteren Arbeit in diesem Bereich in verschiedenste kommunale Zusammenhänge zu konkretisieren.

### **Ausgangsposition**

Rassismus, Ausgrenzung und rechtsradikale Tendenzen sind verbreitete Phänomene, deren Ursachen u.a. oft in eigenen Unzufriedenheiten, Unsicherheiten, Unwissen und Manipulationen durch Dritte zu suchen sind. Oft ist die individuelle Beschränkung auf Gruppen gleich oder ähnlich gesinnter Personen festigend für solche Denkens- und Verhaltensmuster, Kontakte zu anderen Gruppen werden eher gemieden oder finden nur oberflächlich statt. Dies gilt für alle Formen von Gruppen, unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Bildungsgrad.

Um diesen Phänomenen sinnvoll begegnen zu können, erscheint es notwendig, Maßnahmen in diesem Bereich unter folgenden Gesichtspunkten zu gestalten:

### **Individuelle Ebene**

- Bearbeitung von Aggressions- und Unzufriedenheitspotentialen (Beratungsangebote, Deeskalations- und Antiaggressionstraining, schulische und berufliche Förderung u.ä.)
- Vermittlung von Wissen und Information (thematische Angebote, wie Ausstellungen, Lehrmaterial, Theater, Film u.ä., Projekte an Schulen und in Bildungseinrichtungen)
- Schaffung von Begegnungs- und Auseinandersetzungsebenen
- Schaffung von alternativen Freizeitangeboten
- Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten

### **Arbeit auf Gruppenebene**

- Angebote für alle Generationen
- Arbeit auf Basis gemeinsamer Interessen und Ziele
- Präventionsangebote
- Angebote zur Herstellung von Chancengleichheit
  - Integrationsförderung, (Fort-)Bildung, Beratung -
- Schaffung und Förderung von Partizipation
- Schaffung von Begegnungs- und Auseinandersetzungsebenen

### **Arbeit auf kommunaler Ebene**

- Sicherung und Herstellung von geeigneten Maßnahmen
- Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Positionierung
- Entwicklung integrierter Stadtteilkonzepte
- Infrastrukturförderung
- Initiierung von Partizipation aller Bewohnergruppen (Integrationsförderung)
- Schaffung von Begegnungs- und Auseinandersetzungsebenen
- Bereitstellung von Präventions- und Bildungsangeboten
- Bündelung und Koordination kommunaler Aktivitäten
- Herstellung regionaler und überregionaler Bezüge
- Koordination und Beratung von Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen und Freien Trägern

Die Stadt Wuppertal legt somit besondere Schwerpunkte in den Bereichen Prävention, Partizipation und Angebote zur Förderung von Begegnung und Auseinandersetzung, möglichst auf Basis gemeinsamer Interessen und Ziele.

Es wird davon ausgegangen, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung menschliche Phänomene sind. Demnach ist mit allen Ausprägungen von Gruppen und Individuen zu arbeiten und zu versuchen bei diesen zu erreichen, eigene Sichtweisen und Vorurteile zu reflektieren und den Umgang mit „Fremdem“ und „Unbekanntem“ zu erfahren und zu experimentieren.

Grundsätzlich wird angenommen, dass ein Zusammenleben nur funktionieren kann, wenn Kommunikation zwischen allen Beteiligten möglichst breit hergestellt werden kann. Dies ist Grundvoraussetzung, bestehende Meinungsbilder zu bearbeiten, gemeinsame Interessen zu entwickeln und zu realisieren und bestehende Vorurteile zu bearbeiten.

Um hier geeignete Angebote bereit zu stellen ist es notwendig, Angebote bestehender Einrichtungen zu koordinieren, zu beraten und zu optimieren, neue Angebotsformen zu schaffen und zu experimentieren. Darüber hinaus sollen diese Aspekte in die Konzeption der Prozesse der Agenda 21 und der Integrationsförderung einfließen. Auf kommunaler Ebene ist darüber hinaus eine Koordinierung von Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung von Multiplikatoren und der Förderung von Angeboten anzustreben.

Dieser Ansatz umfasst eine Arbeit **mit** Rechtsradikalen, -extremen, da davon auszugehen ist, dass sich diese im Rahmen verschiedenster Institutionen und Zusammenhänge (Schule, Arbeitsverhältnisse, kommunale Angebote) bewegen und somit erreicht werden.

**Direkte (zusätzliche) Angebote an diese Gruppe** (wie Aussteigerprogramme, Freizeit- oder Beratungsangebote, Streetwork) **werden nicht hergestellt.**

Sie finden wenn, in bestehenden Angebotsformen statt. Zum Einen, weil davon ausgegangen wird, dass überregionale Angebote wie Aussteigerprogramme bestehen und genutzt werden können, zum Zweiten, weil durch Angebote an diese Gruppen Rahmen geschaffen werden könnten, die diesen eine Art Lobby und „Wichtigkeit“ gäben, die nicht angezeigt ist und ihnen eine überhöhte Wichtigkeit im Verhältnis zu anderen Gruppen gäbe, was als eher schädlich betrachtet wird. Zudem wird eine direkte (auch öffentliche) Auseinandersetzung über ideologische Inhalte als wenig effektiv angesehen, da dies weniger zu einer Modifizierung von bestehenden Weltbildern führt, sondern eher eine Plattform zur Verbreitung ihrer „Ideen“ liefert bzw. ihre Separation eher verstärkt.

Primär richtet sich dieser Ansatz an alle Bewohnergruppen und geht davon aus, dass durch Herstellung von Partizipation, Verbesserung von Integration, Herstellung von Chancengleichheit und Optimierung von Information und offener Auseinandersetzung eine Verbesserung des Zusammenlebens, ein Abbau von Vorurteilen und eine Bearbeitung rechtsradikaler Tendenzen langfristig effektiv zu bearbeiten ist.

### **Arbeitsschwerpunkte ab 2002**

Neben den im Aktionsprogramm 2001 benannten Angeboten sollten besondere Berücksichtigung finden und als Schwerpunkte verfolgt werden:

#### **Prävention**

- Angebote an alle Generationen und Gruppen
- Fortbildung von Multiplikatoren
- Deeskalationstraining, Antiaggressionstraining
- Informationsveranstaltungen
- Partizipationsmöglichkeiten
- Integrationsförderung
- Verbesserung von Bildungs- und Ausbildungsangeboten
- Infrastrukturförderung
- integrierte Stadtteilkonzepte
- Ausbau von Begegnungs- und Auseinandersetzungsmöglichkeiten
- Internationale Begegnung
- Öffentlichkeitsarbeit

#### **Partizipation**

- Förderung der Mit- und Selbstbestimmung
- Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten für alle Bewohnergruppen
- Schaffung integrierter Stadtteilkonzepte
- Integrationsförderung

- Schaffung von Begegnungs- und Auseinandersetzungsebenen
- Einbezug verschiedenster Gruppen in sie betreffende Entscheidungen

### **Stadtteilarbeit**

- Entwicklung integrierter Stadtteilkonzepte
- Infrastrukturförderung
- Bildungs- und Ausbildungsförderung
- verstärkter Einbezug verschiedenster Bewohnergruppen
- Herstellung und Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten
- Fortbildungs- und Beratungsangebote für Multiplikatoren
- Schaffung, Unterstützung und Beratung von Interessensgemeinschaften und Initiativen

### **Herstellung von Vernetzung**

In Wuppertal sind neben der Kommune eine Vielzahl von Freien Trägern, Initiativen, Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen in diesem Arbeitsbereich aktiv. Diese gilt es aus Gründen der Effizienzsteigerung, Bündelung von Ressourcen, Koordination der Maßnahmen und des Austausches von Ideen auf verschiedenen Ebenen zu vernetzen:

#### **Kommunal**

Kommunale und freie Projektanbieter und Institutionen  
 Schule, Weiterbildung und Jugendarbeit  
 Stadtverwaltung  
 Ressort Zuwanderung und Integration  
 Ausländerbeirat  
 Stadtentwicklung, -planung  
 Öffentlichkeitsarbeit, Stadtmarketing  
 Integrationsförderung  
 Kulturförderung  
 Agenda 21  
 Stadtteilarbeit  
 Fortbildung von Multiplikatoren

#### **Regional**

Städtedreieck Wuppertal – Remscheid – Solingen  
 Fachlicher Austausch

#### **Landesweit**

Implantierung und konzeptionelle Weiterentwicklung im Rahmen verschiedener Gremien  
 Mitarbeit in Projekten, Präsenz in Projektbanken, fachlicher Austausch

#### **Bundesweit**

Projektarbeit, Präsenz in Projektbanken  
 Fachlicher Austausch

#### **Europaweit**

Internationale Begegnung  
 Projektarbeit  
 Fachlicher Austausch

Mitarbeit in EU-Projekten

Darüber hinaus ist eine Publikation von Wuppertaler Arbeitsansätzen und modellhaften Projekten im Internet anzustreben mit dem Ziel des Austausches, der Gewinnung neuer Partner und zur öffentlichen Positionierung.

### **Weiterführung der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz**

Rassismus, Intoleranz, Rechtsradikalismus und -extremismus sind Phänomene, denen nicht mit einmaligen und kurzfristigen Maßnahmen zu begegnen ist. Wenig sinnvoll erscheint zudem, nur in Zeiten vermehrter rechter Gewalttaten Aktivismus zu entwickeln. Angezeigt ist eine ständige Bearbeitung und Auseinandersetzung mit diesem Thema, um langfristig Modifikationen zu erreichen und das Zusammenleben zu fördern.

Durch die Einrichtung des Vereines „Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz“ hat die Stadt Wuppertal den Grundstein zur Kontinuität der Arbeit zur Förderung des Zusammenlebens, der Toleranz und Zivilcourage gelegt.

Eine langfristige Etablierung dieser Arbeit als Querschnittsaufgabe der Verwaltung, auf Grundlage des Aktionsprogramms und seiner Fortschreibung, wird angestrebt.